

Die Baumgewerkschaft

Zeitung des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis vierteljährlich 3,— RM. (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. Redaktionschluss: Montag, morgens 9 Uhr
Nr. 47 · 31. Jahrgang Geschäftsstelle und Schriftleitung: Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2/3 Berlin, 22. November 1933

Novemberstürme

Die Uebergangszeit von der Herbsternie bis zur winterlichen Ruhe in der Natur ist im allgemeinen unangenehm. Regenschauer und Stürme machen den Aufenthalt in der freien Gottesnatur zur körperlichen Unbequemlichkeit. Nebel und frühzeitiges Einbrechen der Dunkelheit bedingen Gewöhnungsübergänge für die an sommerlichem Licht und Wärme hängende Menschennatur. Krankheiten sind sehr oft die Gefolgschaft der Temperaturveränderung. Aber auch Krankheiten im Staats- und Gesellschaftsleben kommen in der Regel in dieser Jahreszeit zum Ausbruch, was wohl auf das Nachlassen der körperlichen und seelischen Spannkraft zurückgeführt werden kann. Der unglückliche Ausgang des vierjährigen Ringens um die Führung in der Weltwirtschaft im Jahre 1918, der Zusammenbruch der deutschen Währung im Jahre 1923 traten im ausgesprochensten Herbst, im November, ein. Zurzeit befinden wir uns in Umstellungsversuchen, in stärksten Spannungen in Staat und Wirtschaft. In ihren äußeren Begleitumständen sind sie zwar nicht mit den Katastrophenjahren 1918 und 1923 zu vergleichen; in ihren weiteren Auswirkungen können sie aber ähnliche Veränderungen nach sich ziehen. Das soziale Analogum der Umstellungszeit von 1923 auf 1924 soll uns unbergebliche Mahnung bleiben.

Im Frühjahr dieses Jahres stand bereits fest, daß die Finanzen des Reichs saniert werden mußten. Im Vorfrühling wurde ein ernsthafter Versuch mit dem Reichstag, im Hochsommer nach Selbstauschaltung des Reichstags ohne diesen gemacht. Ein Teil der Reichskrise ist nicht auf falsche Gesetze, sondern auf nicht eingetretene Auswirkungen gesetzlicher Bestimmungen zurückzuführen. Die Krise der deutschen Volkswirtschaft, die in bedingter Wechselwirkung zur Reichsfinanzkrise steht, hat im Reichsetat Einnahmehinfortfälle gebracht, die bei Beurteilung der Verhältnisse viel zu wenig in Rechnung gestellt werden. Daneben dann noch die Auswirkungen auf die von der Wirtschaftskrise betroffenen Volksmassen durch notwendige Inanspruchnahme staatlicher und gemeindlicher Unterstützungseinrichtungen und mangelnde Kaufkraft, dann ist die derzeitige Misere eigentlich nicht mehr verwunderlich.

So wie die Novemberstürme zurzeit durch die Wälder brausen, und unbarmherzig das Laub abreißen, so braust auch ein wahrer Novembersturm von Programmen und Ratschlägen, von Diktaten und Schiedsprüchen, von Vermutungen und Andeutungen in das Gesellschaftsleben hinein und verursacht zunächst allen, auf den Gleichtritt Eingeschworenen Unbequemlichkeiten, den unteren Volksschichten aber auch große Gefahren.

Das Regierungsprogramm will im Grundsatz, was jeder ehrliche Staatsbürger auch wollen muß. Von Einzelheiten befürchten wir, daß ihre Auswirkungen diesem Grundsatz zuwiderlaufen. Wir haben auf diese Gefahren hingewiesen und erwarten, daß unseren um das Wohl breiter Volksschichten besorgten Darlegungen Rechnung getragen wird. Opfer wird es kosten. Sie werden aber von denen, die immer zuerst zum Opferaltar geschleift wurden, und denen im Verhältnis die größten Zumutungen gestellt wurden, leichtest getragen, wenn die nicht um die nackte Lebenseristenz ringende andere Volksschicht auch ganz kräftig für die Bedürfnisse der Allgemeinheit herangezogen wird.

Wie immer in solchen Zeiten, so ist auch diesmal die soziale Reaktion in ganz besonderer Weise dabei, den Schatten und Schutz spendenden Baum der Sozialpolitik zu entblättern, vielleicht auch seine Wurzeln anzugreifen. Den durch die Notverordnungen getroffenen Regierungsmaßnahmen in bezug auf Minderungen in der Krankenunterstützung soll der gute Wille nicht abgesprochen werden; die Erfahrungen werden zeigen, ob auf dem einen oder andern Gebiet gemildert oder unterstrichen werden muß. Alle anderen, den sozialen Ab- oder Umbau bezweckenden

Bestrebungen, auch wenn sie sich hinter dem Deckmantel der Konkurrenzmöglichkeit auf dem Weltmarkt verstellen, finden unser schärfstes Mißtrauen. Zur Konkurrenz auf dem Weltmarkt gehört in erster Linie der körperlich gesunde, geistig vorwärtsstrebende und sozial gesicherte Arbeiter. Mit Sklaven läßt sich im 20. Jahrhundert weder eine nationale noch eine Weltwirtschaft betreiben.

Zu den sozialen Novemberlingen gehört auch der einseitige Schrei nach Lohnabbau. Wenn es ehrlich um den Ausbau einer nationalen Volkswirtschaft zu tun ist, wer mit Verstand für Deutschlands weiteres Eindringen in die Weltwirtschaft strebt, der kann den ungemein großen Faktor an Wirtschaftsbelebung, der aus der Kaufkraft, der Arbeitsfreude und der Staatsgesinnung der Arbeiterschaft hervorgeht, gar nicht hoch genug einschätzen. Umstellungen auf bestimmte Bedürfnisse der Weltwirtschaft, soweit sie mit den Weltmarktpreisen zusammenhängen, müßten deshalb vernünftigerweise von denen ausgehen, die über des Lebens Notdurft hinaus Besitz haben. Sie könnten durch ihr Beispiel es den unteren Schichten erleichtern, nachzupfolgen, wenn es notwendig ist. Die gleichen Kreise, die dauernd nach Lohnabbau schreien, werden plötzlich

außerordentlich still, wenn der Preisabbau sich in Mark und Pfennig sichtbar auswirken soll. Oder man spricht dann von Vorleistungen, die man im Preisabbau schon gemacht habe. Wir werden zu allen Fragen vorgenannter Art bei Bedarf Stellung nehmen und darüber wachen, daß nicht dem Arbeiter-volk soziale und wirtschaftliche Errungenschaften genommen werden, wenn es nicht ums Staatsganze geht.

Novemberstürme können Kindern Angstgefühle beibringen. Kinder wissen nicht, daß auch Stürme nur Wind sind. Kinder wissen nicht, daß Novemberstürme notwendig sind, um Ueberlebtes zu erlebigen, um neues Leben, neuen Auftrieb in der Natur vorzubereiten. Sie leben nur im Heute; das Morgen überlassen sie den Erwachsenen. Bei aller begreiflichen Sorge des Alltags wollen auch wir, die wir uns doch als geistig Erwachsene betrachten, daran denken, daß auf Herbst und Winter der Frühling folgt. Wollen alle Mißbilligkeiten als Erainierung des Willens werten. Wollen, wie der Gärtner, vordringend arbeiten, binden, befestigen, zudecken, schützen. In der Organisation also die Gleichgültigen, die Mutlosen binden, ihren Glauben befestigen. Kot im Einzelfalle durch kollegiale Hilfe befeitigen. Die Organisation aber so kräftigen, daß dann, wenn die Frühjahrsstürme zu neuem Leben wecken, sie ihren Aufgaben gerecht werden kann.

Was wird aus dem Baumarkt?

Von Fr. Ehrhardt.

Wir haben es noch nicht erlebt, daß eine so große Anzahl von Arbeitslosen für lange Zeit aus dem Erwerbaleben ausgeschieden sind wie zurzeit. Den Ursachen dieser alles über den Haufen werfenden Weltwirtschaftskrise nachzugehen, ist hier nicht meine Absicht. Gegenüber einer Aufgabe treten alle anderen zurück: es muß Arbeitsgelegenheit geschaffen werden.

Unsere Kollegen fühlen die große Arbeitslosigkeit täglich. In diesem Jahre ist die Beschäftigung im Baugewerbe so schwach wie seit langer Zeit nicht mehr. Zahlreiche Bauarbeiter werden überhaupt während des ganzen Jahres keine Arbeit gefunden haben. Dieser Zustand wird meistens nicht begriffen und deshalb wird die frühere Vorstellung vom Bauarbeiter als Saisonarbeiter aufrecht erhalten. Wenn man aber selbst in der Hochsaison keine Arbeit findet, ist man dann auch noch Saisonarbeiter?

An der zukünftigen Gestaltung des Baumarktes sind in erster Linie die Bauarbeiter, dann aber ein sehr großer Bruchteil des deutschen Volkes interessiert. Kein Gewerbebezweig beschäftigt so viele Menschen wie das Baugewerbe. Nehmen wir das Baugewerbe im weiteren Sinne, dann wächst die Anzahl der Beschäftigten noch ganz erheblich. Vom Baugewerbe ist die Eisen- und Holzindustrie, das Transportgewerbe und schließlich der Kohlenbergbau sehr stark abhängig. Man muß deshalb, volkswirtschaftlich gesehen, das Baugewerbe vom Standpunkt des Steuerzahlers und der Arbeitslosigkeit mit erhöhten öffentlichen Anwendungen bedenken. In vielen mittleren und kleinen Städten entscheidet die Beschäftigung im Baugewerbe ausschließlich darüber, wieviel Geld im geschäftlichen Leben umgeseht wird.

Nach Berechnungen und Schätzungen sind in den letzten Jahren zwischen 8 und 9 Milliarden Mark jährlich verbaut worden. In sehr großem Ausmaß hat die Industrie gebaut. Die Rationalisierung und die technische Umstellung des Produktionsapparates erforderte starke bauliche Veränderungen. In Zukunft wird die Industrie kein großes Bauprogramm durchführen können, denn die Werke sind so ausgedehnt worden, daß sie auch für die Hochkonjunktur ausreichen. Zurzeit sind viele Werke nur zur Hälfte oder zwei Drittel ausgenutzt. Wenn auch anzunehmen ist, daß in den nächsten Jahren die Industrie noch baut, so wird aber das Bauprogramm viel geringer sein als in den Jahren 1925 bis 1929.

Wichtige Auftraggeber für den Baumarkt sind die

öffentlich-rechtlichen Körperschaften einschl. Reichsbahn und Reichspost. Denken wir nur an die vielen öffentlichen Gebäude, an die Landstraßen mit ihren vielen Brücken, an den Ausbau unserer Flüsse und Kanäle usw. Die Finanzschwierigkeiten sind so groß, daß es ganz ausgeschlossen ist, daß öffentliche Bauten in größerer Anzahl gebaut werden. Die Landstraßen und Brücken sind vielfach in schlechtem Zustande; aber es fehlt an Geld, um viel zu machen. Wenn die notwendige Instandhaltung durchgehalten werden kann, dann ist das schon viel. Sollte man die Landstraßen für den modernen Verkehr umbauen, dann müßten Provinzen und Kreise eine billige Auslandsanleihe bekommen. Dafür sind aber die Aussichten zurzeit sicher nicht günstig. Es kann aber der Augenblick schnell kommen, wo man sich, um Beschäftigung zu schaffen, um eine solche Anleihe bemühen muß. Die Reichsbahn kann sicher noch Bauarbeiten in größerem Umfang durchführen, wenn sie ihre Anlagen in Ordnung bringen will. Ob das aber möglich ist, hängt davon ab, ob die Mittel beschafft werden können. In diesem Jahre wird sie mit einem Einnahmehinfortfall von 500 Millionen Mark mindestens rechnen müssen, und ob dann für größere Bauausführungen, außer den notwendigen Reparaturen, noch Geld vorhanden ist, das erscheint sehr fraglich. Ähnlich ist es mit der Reichspost. Sie ist zwar mit ihren Mitteln nicht so angespannt wie die Reichsbahn, sie hat aber auch nicht eine so große Anlage und so große Möglichkeiten wie die Reichsbahn.

Wir müssen also damit rechnen, daß die Bauaufträge der öffentlichen Hand wie der Industrie eine sehr starke Einschränkung für die nächsten Jahre erfahren werden. Das sind an sich schon keine günstigen Aussichten. Andererseits will mir scheinen, daß es besser ist, die Zustände rechtzeitig nüchtern zu sehen, als sie zu übersehen, weil ich glaube, daß die Bantätigkeit rechtzeitig angeregt werden muß.

Wie steht es nun mit dem Wohnungsban? Ist noch ein ungedeckter Bedarf vorhanden? Daß noch ein großer Mangel an Wohnungen vorhanden ist, das wissen wir aus der Statistik. Daraus kommt es aber allein gar nicht an. Wohnungen können nur gebaut werden, wenn der Kapitalbedarf durch langfristige Anleihen gedeckt werden kann und die Mieten für diejenigen, die keine Wohnung haben, auch noch erträglich sind. In den letzten zehn Jahren ist der Wohnungsbedarf vorwiegend für den Mittelstand, die

Beamten, gutbezahlte Angestellte und auch für Arbeiter mit Spitzenlöhnen gedeckt worden. In größeren und großen Wohnungen ist heute kaum noch ein Mangel, vielfach werden solche Wohnungen schon angeboten, weil sie leerstehen. Für das große Heer unserer Arbeiter und die schlechtbezahlten Angestellengruppen fehlen die Wohnungen.

Wir wissen bereits aus der Friedenszeit, daß je geringer das Einkommen, um so größer der prozentuale Anteil des Einkommens der für die Wohnung verwandt werden muß. Bei einem Zinssatz von 8 bis 9 Prozent für die Verzinsung und 1 oder 2 Prozent für die Amortisierung kommt keine Miete heraus, die die Menschen mit 80 bis 150 Mark Monatseinkommen noch bezahlen können. Eine ganz bescheidene Kleinwohnung kostet doch etwa 8000 Mark Baukosten. Ohne billiges Geld würde eine solche Wohnung mit höchstens 50 bis 55 Quadratmeter bewohnbarer Fläche 800 Mark Miete kosten. Für den privaten Hausbesitzer käme dann noch eine Rente, wenn es ähnlich wäre wie in Friedenszeiten. Wer glaubt denn, daß unter solchen Voraussetzungen noch gebaut werden könnte? Doch nur derjenige, der von den gegenwärtigen Verhältnissen keine Ahnung hat.

Wohnungen können also in großem Umfange noch gebaut werden, wenn es gelingt, die Baukosten zu drücken, daß die Mieten noch erschwinglich sind. Das hängt aber vom Zins ab. Es wäre naiv, zu glauben, daß wir im nächsten halben Jahrzehnt wieder auf einen Zinssatz für langfristiges Geld mit 4 Prozent Verzinsung und 1/2 Prozent Amortisierung kommen. Mindestens wird man mit 6 Prozent und Amortisation rechnen müssen. Vorläufig sind auch das nur Hoffnungen, und niemand weiß, ob sie in Erfüllung gehen.

In den letzten zehn Jahren hätte nicht gebaut werden können, wenn nicht der Ausweg gefunden worden wäre, durch die Hauszinssteuer zu einer Verbilligung des Wohnungsbaues beizutragen. Nach der Reichsfinanzstatistik wurden in den letzten Jahren rund 850 Millionen Mark jährlich aus den Mitteln der Hauszinssteuer für den Wohnungsbau ausgegeben. Nur dadurch wurde es möglich, daß die Mieten auf einer erträglichen Höhe gehalten werden konnten.

In den meisten Fällen wurde die Hauszinssteuer automatisch verteilt; 4000 Mark pro Wohnung war die Regel. Erst in den letzten Jahren wurde auch auf soziale Verhältnisse Rücksicht genommen. Den größten Vorteil von der Hauszinssteuer hatten diejenigen Schichten, die mit der Hauszinssteuer eine Wohnung bezahlen konnten. Man sollte eigentlich glauben, daß nun endlich der Zeitpunkt gekommen wäre, wo die Hauszinssteuer nach sozialen Gesichtspunkten verteilt würde. Denn davon hängt es nicht nur ab, ob unsere minderbemittelten Schichten noch eine Wohnung bekommen, sondern ob in größerem Ausmaße in den nächsten Jahren noch gebaut werden kann.

Die Finanzschwierigkeiten im Reich, in den Ländern und Kommunen sind bekannt. Man wird sich mit drückenden Steuern und Lasten abfinden müssen. Immerhin wird man aber doch fragen müssen, ob die von der Reichsregierung vorgeschlagenen Maßnahmen noch einen wirtschaftspolitischen Sinn haben. Nichts wäre verkehrter als Maßnahmen, die noch eine Vermehrung der Arbeitslosigkeit zur Folge hätten.

Die Reichsregierung hat nun in ihrem Programm zur Sanierung der Finanzen angedeutet, daß die bisherigen Mittel der Hauszinssteuer für Bauzwecke um 400 Millionen Mark gekürzt werden sollen. 165 000 Wohnungen sollen mit einem Anstieg der Hauszinssteuer von 3000 Mark pro Wohnung gebaut werden. Dann sollen noch billige Kredite gegeben werden zu einem niedrigen Zinssatz; die Zinsdifferenz soll jährlich im Etat vom Reich übernommen werden. Einzelheiten sind noch nicht bekannt.

Die Kürzung der Hauszinssteuermittel um 400 Millionen Mark erfolgt deshalb, um die Realsteuern in den Gemeinden zu senken. Man darf bezweifeln, ob das Ziel erreicht wird. Denn eine Kürzung der Hauszinssteuermittel um 400 Millionen Mark bedeutet zunächst einmal, daß dem Baumarkt 1 Milliarde Mark entzogen wird. Andere Mittel können, um billige Wohnungen zu bauen, nicht in Frage kommen. Es ist nicht anzunehmen, daß der allgemeine Zinssatz auf 4 oder 4 1/2 Prozent sich senkt. Auch mit 5 Prozent Zinsen und Amortisationsquote können keine Wohnungen mit billigen Mieten gebaut werden. Nach dem, was oben gesagt ist, ergibt sich ohne weiteres, daß nur dann noch in großem Ausmaße gebaut werden kann, wenn für die minderbemittelten Schichten Wohnungen mit niedrigen Mieten hergestellt werden. Deshalb bedeutet die Kürzung der Hauszinssteuermittel von 400 Millionen Mark eine Verschärfung der Arbeitslosigkeit. Größere Erwerbslosigkeit ist für die Kommunen gleichbedeutend mit Steuererhöhungen und höheren Wohlfahrtsausgaben. Deshalb wird auch kaum in der Wirklichkeit eine Senkung der Realsteuern erreicht werden. Nach unserer Meinung muß eine andere Lösung möglich sein; die 400 Millionen Mark Hauszinssteuern dürfen dem Baumarkt nicht entzogen werden.

Durch die geplante Maßnahme wird aber auch die

Wohnungsnot für unsere Minderbemittelten nicht behoben. Heute bereits läßt sich beobachten, daß viele Arbeiter in abbruchreifen Wohnungen wohnen. Setzt sich diese Entwicklung fort, dann gibt es ganze Proletenviertel, die schon äußerlich als solche kennbar sind. Das ist nicht erwünscht und kann nur zur Verschärfung der Klassenengefährde führen. Würde es nicht gelingen, die Kürzung der Hauszinssteuermittel zu verhindern, dann sind die Aussichten für den Baumarkt ungünstig. Wir glauben aber, daß, wenn der Versuch gemacht wird, er kein Jahr durchgehalten werden kann. Die vermehrte Arbeitslosigkeit würde eine Milderung erzwingen; deshalb sollte man rechtzeitig nach einer anderen Lösung suchen.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund zur Neuregelung der Wohnungswirtschaft

In einem ausführlichen Schreiben an Reichsrat, Reichsregierung und Reichstag hat der D.G.B. seine Bedenken zum Wohnungsprogramm der Regierung ausgesprochen. Die schwerwiegendsten Bedenken zur Neuregelung der Wohnungswirtschaft sieht der D.G.B. zunächst in der beabsichtigten Kürzung des bisher für den Wohnungsbau verwendeten Anteils aus der Hauszinssteuer um 400 Millionen RM, ein Betrag, der nach dem Wirtschafts- und Finanzprogramm für die Senkung der Steuern, insbesondere der Realsteuern, Verwendung finden sollte. Die Kürzung von 400 Millionen RM Hauszinssteuerhypotheken bedeutet in der Praxis das Fehlen von 1 Milliarde RM Baukapital, dessen Beschaffung nach den bisher gemachten Erfahrungen vom freien Kapitalmarkt eine Unmöglichkeit darstellt. Diese Kürzung der Wohnungsbaumittel bildet die innere Ursache, daß statt bis zum Jahre 1940 jährlich rund 330 000 geräumige und brauchbare Wohnungen erstellt werden können, nur 165 000 Kleinwohnungen, deren Nutzfläche nach den bisherigen Auslegungen des Reichsarbeitsministeriums nicht größer als 45 Quadratmeter, für minderreiche Familien nicht über 60 Quadratmeter sein dürfen, also daß das als Notprogramm gedachte jährliche Bauprogramm für 1930 mit seinen vielen Mängeln auch im kommenden Jahre fortgeführt werden soll. Gegen eine Fortdauer des zusätzlichen Wohnungsbauprogramms als Dauerprogramm bestehen, vom gesundheitlichen, sittlichen, wirtschaftlichen und technischen Standpunkt aus betrachtet, die auch von uns gereichten bekannnten schweren Bedenken, auf die wir bei dieser Gelegenheit noch einmal nachdrücklich hinweisen wollen.

Vom Standpunkt einer Arbeitsbeschaffung aus betrachtet bedeutet die Verkürzung der Wohnungsbaumittel eine vermehrte Arbeitslosigkeit. Hierin liegt der größte Widerspruch des Regierungsprogramms. Denn das Wirtschafts- und Finanzprogramm wollte doch mehr Arbeit schaffen, aber nicht die Arbeitsmöglichkeit vermindern. Die

Kollegen! Bestellt rechtzeitig den Verbandskalender für 1931 durch die Ortskassierer bei der Haupt-Geschäftsstelle.

Streichung von über 100 000 nach besseren Grundrissen als jetzt geplanten Wohnungen aus dem Bauprogramm bringt — knapp gerechnet — für 150 000 Bauarbeiter Arbeitslosigkeit. Darüber hinaus bleiben mindestens 50 000 Arbeiter aus der Baustoffindustrie durch diese Verkürzung des Bauprogramms ebenfalls ohne Beschäftigung, von der verminderten Arbeitsbeschaffung einschlägiger Gewerbe — zum Beispiel die Möbel- und Textilindustrie — ganz abgesehen. Auch der große Anstieg, den das öffentliche und private Verkehrsgewerbe erfährt, sei nur angedeutet, sind doch etwa 25 Prozent aller Waren, die von der Reichsbahn und der Binnen-Schiffahrt jährlich befördert werden, Materialien, die beim Bau Verwendung finden. Die Arbeitslosenfürsorge wird durch die geringere Beschäftigungsmöglichkeit der Bauarbeiter und Baustoffarbeiter allein mit 200 bis 250 Millionen RM belastet.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund vertritt die Auffassung, daß es volkswirtschaftlich und steuerpolitisch vorteilhafter ist, mindestens den bisherigen Anteil der Hauszinssteuermittel dem Wohnungsbau zu belassen, weil erst dann einwandfreie geräumige Wohnungen in genügender Zahl und zu tragbaren Mieten errichtet werden können und damit Voraussetzungen für einen allmählichen und organischen Abbau der Wohnungszwangswirtschaft geschaffen werden; zum anderen, weil dadurch das für die Arbeitsbeschaffung so wichtige Schlüsseltgewerbe, wie es das Baugewerbe darstellt, eine Anhebung erfährt. Es wäre somit nützlich, die geplante Realsteuerentlastung solange hinauszuschieben, bis bessere Wirtschaftsverhältnisse diese Erleichterung ermöglichen.

Arbeitslosenfeststellung im Verband für Oktober

Die Arbeitslosenberichte vom Monat Oktober aus den einzelnen Verbandsbezirken ergeben, daß die baugewerbliche Wirtschaftslage sich gegenüber dem Monat September weiter verschlechtert hat. Gegenüber der Arbeitslosenfeststellung vom September mit 46,62 Prozent weist der Oktober die Zahl der Beschäftigungslosen mit 51,67 Prozent aus. Das bedeutet eine Vermehrung der Arbeitslosenzahl um 5,05 Prozent. Die Vergleichszahl vom Oktober vorigen Jahres ist 22,52 Prozent. In allen Bezirken ist eine Verschlechterung der Beschäftigungslage zu verzeichnen.

Arbeitslos gemeldet waren in den einzelnen Bezirken in Prozenten der Mitgliederzahl:

1. Berlin	42,66	7. Köln	47,55
2. Bochum	53,74	8. Königsberg	46,71
3. Breslau	49,95	9. München	53,37
4. Frankfurt	65,49	10. Münster	47,01
5. Hannover	47,88	11. Nürnberg	50,98
6. Karlsruhe	56,50	12. Paderborn	56,18

Wenn trotz des zusätzlichen Bauprogramms bereits Ende Oktober solche Arbeitslosenzahlen konstatiert werden müssen, dann müssen an sich gut gemeinte Regierungsprogramme, die die beinahe sichere Gefahr weiterer und langandauernder Arbeitslosigkeit in sich tragen, auf dringendere Zeitnotwendigkeiten umgestellt werden. Beharren auf vorgefaßter Meinung — ohne die sicher wirkende Neuorientierung — kommt einem gefährlichen Spiel mit wertvollen Teilen der Volkswirtschaft und mit Menschenjähren gleich.

Zehn Jahre Reichsverband deutscher Bauproduktionsgenossenschaften

In der ersten Nachkriegszeit durchwogte weite Schichten des deutschen Volkes der Gedanke, an die politische Umstellung des Staates auch eine sozialere Umstellung des Wirtschaftslebens anzuschließen. Die Vertreter der heute wieder stark im Vordergrund sich bewegenden rein kapitalistischen Idee schwiegen. Ob aus Furcht für die eigene Sicherheit oder aus mangelndem Glauben an ihre Wirtschaftsidee, das mögen sie unter sich ausmachen. Die Vertreter phantastischer Wirtschaftspläne, hauptsächlich des Wirtschaftskommunismus, der geldlosen Wirtschaft, die radikalen Zinsbrecher fanden in dem trotz politisch starken Wellenganges beunruhigten deutschen Volke keine ausreichende Resonanz. Planwirtschaftsvorschläge (Robert Schmidt) wurden abgelehnt mit gesundem Vergleich auf die bürokratisch erstarrenden Auswirkungen der im Krieg notwendig gewordenen Zwangswirtschaft und auf die mit der Uniformierung des Lebens zusammenhängende Gefahr der Schablonisierung von Geist und Kultur. Zündend schlug aber der Gedanke genossenschaftlicher Wirtschaftsformen ein und eroberte sich besonders bei dem Teil der Arbeiterorganisationen Boden, die die Gewerkschaftsaufgaben in ihrem vollen umfangreichen Rahmen sahen. Besonders in den handwerklichen Berufen, und hier wiederum am ausgeprägtesten im Baugewerbe, wurde an die besten Zeiten handwerklicher Gemeinschaftsarbeit angeknüpft und die werkschaffende Idee aus gemeinsamer Tätigkeit von Meister und Gesellen, von Entwerfenden und Ausführenden, auf den Schild erhoben. Statt des privaten wirtschaftlichen Betriebes, der dem einzelnen zwar das Geschäftsrisiko, aber auch allen Gewinn und damit die mit letzterem leider zusammenhängenden Auswüchse zuschob, sollte das Gemeinschaftsunternehmen mit ehrlich verteilten Rollen und zum Wohle der Gesamtheit erarbeiteten Ertragsergebnis treten.

Unser Verband hat diese Gedankengänge auf seinem Verbandstag in Fulda 1920 in eingehender Weise behandelt und in folgenden Leitlinien festgelegt:

„Die Selbsthilfe der Arbeiter als Mittel zur Befreiung des Bau- und Wohnungswesens muß in größtmöglichem Umfange angebahnt werden. Die Schaffung von Bauproduktionsgenossenschaften überall dort, wo die Voraussetzungen dazu gegeben sind, verdient aus Gründen des Allgemeinwohls weitestgehende Förderung. Von den öffentlichen Körperschaften erwartet der Verbandstag, daß sie die dahingehenden Bestrebungen der Arbeiterschaft tatkräftig unterstützen.“

Damit hatten wir uns der gesunden Idee moralisch verpflichtet. Der nach vielen Richtungen hochbedeutungsvolle Kongreß der christlichen Gewerkschaften 1920 in Effen setzte im Anschluß an ein zur gesamten deutschen Volkslage stellungnehmendes Referat Stegerwalds und in der Aussprache herausgearbeiteter praktischer Gedanken eine Entschliebung, die u. a. folgendes sagt: „Der 10. Kongreß der christlichen Gewerkschaften erkennt an, daß die Selbsthilfe der Arbeiter in Form von Bauproduktionsgenossenschaften geeignet ist, zur Vinderung der Wohnungsnot beizutragen und dadurch nutzbringend für die Allgemeinheit zu wirken. Zu dieser Erkenntnis kommt der Kongreß um so mehr, als ein großer Teil der Baustoffherzeuger, Baustoff-

händler und in geringerem Maße auch Bauunternehmer durch wucherische Preisbemessung die gebotene Rücksicht auf die Not des Volkes grüßlichst verlehrt. Er empfiehlt den Mitgliedern der christlichen Gewerkschaften, diese Bauproduktivgenossenschaften weitgehend zu fördern; von den Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden erwartet der Kongress, daß den Bauproduktivgenossenschaften zur Durchführung ihrer Aufgaben Kredite gewährt werden."

Nunmehr war die genossenschaftliche Wirtschaftsform auch von der Gesamtbewegung unter die Aufstiegswege des Arbeiterstandes eingegliedert.

Schon vor unserem Verbandstag war als erste Eigenwirtschaftsunternehmung auf unserer Seite die Amberger Bauhütte entstanden. In rascher Folge traten auch an vielen anderen Orten weitere Unternehmungen mit guten Absichten auf. Ihre Zahl stieg im Laufe der Zeit auf rund 30. Viel ist an Idealismus, an Wagemut, manches auch an Ueberhäufung der eigenen Kräfte und Nichtbeachtung geimder Wirtschaftsvorgänge getan worden. Manche Blüten kamen deshalb nicht zur Ausreifung. Der Zusammenbruch einzelner genossenschaftlicher Unternehmungen hat auch an den betroffenen Orten schmerzliche Wunden hinterlassen. Im Rahmen des Gesamten gesehen, war es aber Lehrgeld, das sich auf die Dauer doch bezahlt macht.

Die an den einzelnen Orten bestehenden Produktivgenossenschaften hielten über unseren Verband untereinander geistige Verbindung. Ihre notwendige organisatorische Spitze erhielten sie dann im Reichsverband deutscher Bauproduktivgenossenschaften. Wie bei der Gründung der einzelnen Unternehmungen örtlich, so hat auch unser Verband dieser Spitzenorganisation geistige und wirtschaftliche Mittel zur Verfügung gestellt. Das geschah — um es nochmals zu betonen — um dem Aufstieg des Arbeiterstandes neben den engeren gewerkschaftlichen Möglichkeiten weitere Wege zu erschließen. Gewerkschaftsarbeit, so eng, wie vorkriegszeitlich betrachtet, kann höchstens zur Klasse, nicht aber zum Stande und noch viel weniger zum Träger einer Volksgemeinschaft führen.

Der Reichsverband deutscher Bauproduktivgenossenschaften hatte am 25. und 26. Oktober die ihm angeschlossenen genossenschaftlichen Bauunternehmungen und Bauvereine zu einem Verbandstag nach Bochum eingeladen. Es wurde Resolutionsentwurf über die Arbeit in der Zeit seit dem letzten Verbandstag von 1927; dann aber auch ein umfassender Ueberblick gegeben über das erste Dezennium genossenschaftlicher Bauarbeit. Mit Offenheit und Schärfe wurden alle noch bestehenden Mängel technischer und sozialer Natur erörtert, und Maßnahmen beschlossen, die der Abhilfe dienen sollen. Auschau wurde auch gehalten, wie und wo den genossenschaftlichen Unternehmungen ein weiterer Arbeitskreis erschlossen werden kann. Zur Durchführung aller dieser Bestrebungen soll ein hauptamtlicher Geschäftsführer bestellt und das Verbandsorgan in vergrößertem und ausgebauterem Umfange herausgegeben werden. Der Rückblick auf das Geleistete gibt berechtigte Hoffnung für die Zukunft. Zurzeit bestehen 18 tätige Produktivgenossenschaften und 12 Bauvereine. Die nicht ganz vollständigen Mitteilungen über die Arbeitsleistungen ergeben, daß im Laufe der letzten zehn Jahre gebaut wurden rund 15 100 Wohnungen, dazu eine große Anzahl Einfamilienhäuser, Kirchen, Schulen und andere öffentliche Gebäude.

Der Jahresumsatz der Produktivgenossenschaften betrug zusammen:

1927	Löhne	RM. 3 732 045) 9 348 809 RM.
	Material	5 616 784	
1928	Löhne	3 939 530) 9 570 458 "
	Material	5 630 928	
1929	Löhne	4 364 611) 11 955 420 "
	Material	7 590 809	

Die Zahl der Beschäftigten betrug im Durchschnitt des Jahres 1929 annähernd 3000. In Berücksichtigung all der Hemmnisse, die der genossenschaftlichen Bautätigkeit im Wege stehen, sind diese Erfolge ein guter Anfang. Kleingeistigkeit der zur Mitarbeit Berufenen, Menschlichkeiten zwischen Bauleitern und Arbeitstätigen, Schwierigkeiten der Kapitalbeschaffung, Zurückhaltung und Unfreundlichkeit von Behörden, Mißtrauen der privaten Auftraggeberkreise, unethische Verdächtigung privater Interessenten sind nur eine unvollständige Reihe der arbeitserzhwerenden Faktoren.

Der Verband hat sich aber durchgesetzt. Das bewies seine Festveranstaltung am Sonntag, dem 26. Oktober. Der preußische Wohlfahrtsminister, Dr. h. c. Girtjes, sollte im Namen der preußischen Regierung, in einem freimütigen eigenen Bekenntnis und für den Aufsichtsratsverband dem genossenschaftlichen Gedanken und der seither geleisteten Arbeit vollste Anerkennung. Dem Sehnsuchtsziel jedes familienechten Deutschen baut diese Bewegung die Treppen zum Eigenheim. In ähnlicher Weise sprach der Vertreter der Stadt Bochum, sowie für den Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften Kollege Balkusch.

Zum Sanierungsprogramm der Reichsregierung, soweit es sich mit der Finanzierung des Wohnungsbauens beschäftigt, wurde eine ablehnende Entschlie-

Am 22. November 1930 ist der siebenundvierzigste Wochenbeitrag für das Jahr 1930 fällig.

fung angenommen, die wir bereits in Nr. 45 der „Baugewerkschaft“ veröffentlicht haben.

Eine Bewegung kann auf die Dauer nur leben, wenn sie von sittlichen Gedanken getragen ist. Was hier als Glaubensbekenntnis des genossenschaftlichen Gedankens auszusprechen war, was der Härtearbeit des Alltags Weihe und inneren Schwung geben muß, das führte Kollege Dr. Th. Brauer in seinem Vortrage aus: Arbeit und Genossenschaft. Wir alle sind Pioniere einer großen Idee. Geringer werden ist das Los des Pioniers. . . . Damit um so größer herausleuchte das Ziel, um so näher rückt die bessere Gestaltung des Gemeinschaftslebens und damit auch das soziale Wohlbefinden der Familie.

Der Schiedsspruch in der Berliner Metallindustrie

In sachlicher Ergänzung unseres Berichtes in Nr. 45 der „Baugewerkschaft“ über den Lohnkampf in der Berliner Metallindustrie bringen wir nunmehr nachstehend den Schiedsspruch, der von den Tarifparteien im voraus als bindend anerkannt wurde.

Schiedsspruch.

1. Der zurzeit geltende Lohn tarif bleibt bis 16. November 1930 vollinhaltlich in Kraft.
2. Die bisherigen Tarifmindestlöhne werden vom 17. November 1930 bis einschließl. 18. Januar 1931 in allen Gruppen um 3 Prozent gekürzt.
3. Mit Wirkung vom 19. Januar 1931 vermindern sich die bis zum 16. November 1930 geltenden Tarifmindestlöhne um weitere 3 Prozent für männliche und weibliche Jugendliche unter 18 Jahren und um weitere 5 Prozent für alle übrigen Gruppen.
4. Diese Regelung ist mit Monatsfrist kündbar, erstmalig zum Schluß der Lohnwoche, in die der 30. Juni 1931 fällt.

Der Spruch ist unterzeichnet von den Schlichtern: Dr. Brauns, Dr. Jarres, Professor Dr. Einzheimer.

Begründung.

Die Berliner Metallindustrie befindet sich ebenso wie die gesamte deutsche Wirtschaft in einer schweren Krise. Die Zahl der Arbeitslosen ist in Deutschland auf drei Millionen angewachsen und droht noch weiter zu wachsen. Daß diese Krise auch weltwirtschaftlichen Charakter hat, befreit das deutsche Volk nicht von der Pflicht, alle seine Kräfte dafür einzusetzen, daß die Not nicht steigt, und alles zu tun, was eine Besserung erwarten läßt.

Dazu bedarf es wirksamer Preis senkung auf allen Gebieten. Wenn diese auch nicht allein von der Lohnseite her geschehen darf, so ist das Lohnkonto doch ein so wichtiger Bestandteil der Gestehungskosten, daß an ihm nicht vorübergegangen werden kann. Von einer Lohnsenkung kann allerdings eine wünschenswerte Belebung der Wirtschaft nur dann erwartet werden, wenn dadurch die Kaufkraft der Massen nicht dauernd gesenkt wird.

Die Schlichter haben deshalb erwogen, ob nicht die Lohnsenkung in eine feste Beziehung zur Entwidlung der Preise, insbesondere der Lebensmittelpreise, gebracht werden sollte. Die Verwirklichung dieses Gedankens scheiterte indes an der Unmöglichkeit seiner allgemeinen technischen Durchführung. Wenn gleichwohl die Schlichter in vorliegendem Falle eine Lohnsenkung in ihrem Schiedsspruch für unvermeidlich hielten, so geschah das in Kenntnis gewisser, bereits eingeleiteter Maßnahmen zur Senkung der Lebensmittelpreise, und in der sicheren Erwartung, daß die allgemeine Herabsetzung der Preise der gewerblichen Produkte sowohl als auch der Lebensmittel von allen verantwortlichen Stellen mit größter Energie auch weiter verfolgt wird.

Dabei kommt es also darauf an, daß diese Preis senkung sich bis zum letzten Konsumenten durchsetzt. In den Schlichtungsverhandlungen erklärten die Vertreter der Berliner Metallindustrie, daß eine erhebliche Senkung der Preise ihrer Produkte bereits erfolgt sei und weitere Senkungen bedürftig seien.

Was das Ausmaß der Lohnsenkung anbetrifft, so haben die Schlichter erwogen, daß die Senkung der Lebensmittelpreise sich erst auszuwirken beginnt und der Arbeiterzeit Zeit gelassen werden muß, um sich auf die Lohnkürzung in ihrer vollen Höhe einzustellen. Mit dieser Abweichung haben sich die Schlichter Inhalt und Begründung des ersten Schiedspruches zu eigen gemacht.

Die Schlichter sind sich bewußt, daß ihr Schiedspruch eine über die Beilegung des vorliegenden Streitfalles hinausgehende grundsätzliche Bedeutung hat. Damit soll jedoch nicht gesagt sein, daß die Einzelheiten dieses Schiedspruches sche-

matistisch auf andere Fälle übertragen werden könnten. Unter Berücksichtigung der oben dargelegten volkswirtschaftlichen Gesichtspunkte wird vielmehr jeder Fall nach seiner Eigenart zu beurteilen sein.

Die weiteren Ausführungen sind nicht von allgemeiner Bedeutung.

Der Schiedsspruch hat, je nach der Grundeinstellung der kommentierenden Tageszeitung, eine unterschiedliche Wertung gefunden. Der allgemeine Tenor geht jedoch dahin, daß die Senkung der Kosten des täglichen Bedarfs, insbesondere der Lebensmittel, unverzüglich erkennbar werden muß, wenn nicht die betroffene Arbeiterschaft sich schmähtlich betrogen fühlen soll.

Unsere Stellungnahme zu dieser Lohnneuregelung haben wir schon in Nr. 45 dargelegt. Wir sagten: Im Interesse des ganzen deutschen Wirtschaftslebens ist zu wünschen, daß eine Entscheidung erfolgt, die in wesentlich anderer Weise wie der erste Schiedsspruch den Bedürfnissen der Arbeiterschaft gerecht wird und eine Zielrichtung der Wirtschaftsbelebung in einem sozial und auch wirtschaftlich gesunderem Sinne anzeigt, wie die Arbeitgeber es erstreben. Die gute Absicht der Schlichter, insbesondere des durch seine sozialpolitischen Taten bekannten ehemaligen Reichsarbeitsministers Dr. Brauns, soll nicht in Zweifel gezogen werden. Der Schiedsspruch bleibt aber doch nur ein Abklatsch des alten Schiedspruches mit einer kleinen sozialen Verbeugung. Er setzt Lohnabbau vor Preisabbau. Er mutet den Maschinisten des Wirtschaftslebens zu, auch noch das Treiböl für die Maschinen mitzubringen. Er erschwert den verantwortlichen Gewerkschaften die notwendige Ausgleichsarbeit bei den Gesamtwirtschaftslebern und im Einzelarbeitsverhältnis vorhandenen sozialen Spannungen. Er erhebt die Unlogik zum Prinzip. Bei allen Lohnverhandlungen erklären die Arbeitgeber: wir können nicht Preissteigerungen im voraus im Lohn abgeben. Folglich können auch in ungewisser Ferne und in ungewissem Ausmaß liegende Preis senkungen nicht vorher an der Lohnhöhe orientiert werden. Nach dem Prinzip dieses Schiedspruches in Verbindung mit früheren Lohnregelungen wäre also — abgesehen von anderen sozialpolitischen Erwägungen — die These so: Preis aufbau, dann Lohn aufbau; Lohnabbau, dann Preisabbau. — Das Schiedsgerichtsverfahren wird im Grundjatz durch diesen Einzelfall nicht berührt. Für die Gewerkschaften ist es aber schwer, ihre an den Einzelfällen sich orientierenden Berufsangehörigen mit dem nun einmal notwendigen Vertrauen zu schiedsgerichtlichen Einrichtungen zu befreundeten, wenn Schiedsgerichte soziale Tatsachen so wenig würdigen. — Wir lehnen diesen Schiedsspruch als sozialpolitische Richtlinie ganz entschieden ab. Wirtschaftstheoretiker mit oder ohne Dokortitel werden nach diesem Schiedsspruch und seiner Kommentierung in der Scharfmacherpresse über die Ausbeutung ihrer Weisheiten unangenehm überrascht sein. Wir Bauarbeiter wollen in dem Schiedsspruch ein immerhin nicht zu unterschätzendes Signal sehen, das uns eine Mahnung zu vorzüglichen Vorbereitungen ist.

Der Stabstrompeter der sozialen Reaktion, die „Deutsche Bergwerkszeitung“, bläht das hohe C: „Die Bahn ist frei!“

Gemach, verehrte Bergwerkszeitung! Die Gestaltung des sozialen Lebens hängt nicht von Einzelfällen ab. Der Geist des Aufstiegswillens ist auf die Dauer doch stärker als metallene Verzahnungen.

Eine Stimme aus dem Hintergrunde

Unter der Ueberschrift: **Nachwirkungen der Lohnsenkung**

schreibt die „Bauwelt“, Zeitschrift für das gesamte Bauwesen, in Nr. 46 vom 13. November:

Die Lohnsenkung im Berliner Metallgewerbe wird auf das Baugewerbe eine sehr unerfreuliche Wirkung ausüben. Diese Maßnahme zeigt, daß Lohnsenkungen an sich durchgeführt werden, zugleich mit Verminderung der Preise für Nahrungsmittel.

Damit ist zu erwarten, daß auch die Löhne der Bauarbeiter vermindert werden, allerdings nicht vor Ablauf des geltenden Tarifvertrages, am 31. März 1931. Diese Aussicht hat mehrere für die Wirtschaft und die gegenwärtige Arbeitslosigkeit unerwünschte Folgen. Es ist zu erwarten, daß die Bauherren zögern werden, vor dem 1. April 1931 neue Bauten zu beginnen, um der in Aussicht stehenden Verschärfung des Bauens auf der Lohnseite teilhaftig zu werden. Das bedeutet, daß zunächst die Arbeitslosigkeit im Baugewerbe weiter ansteigen wird, daß es aber im April 1931 einen Ansturm der Baubeginne geben wird.

Da es im Baugewerbe einen Ausgleich der Risiken durch Termingeschäfte, wie im Warenhandel, oder eine Risikoberminderung durch Versicherung nicht gibt, sollten die beteiligten Organisationen, sowohl der Arbeitgeber wie der Arbeitnehmer, an eine geeignete Form der Ueberbrückung der leider in Aussicht stehenden Beschäftigungspause denken.

Allgemeine Rundschau

Die Arbeitsmarktlage in der zweiten Oktoberhälfte

In der zweiten Oktoberhälfte ist in der Arbeitslosenversicherung ein Zugang um rund 70 000, in der Krisenunterstützung um rund 22 000 Hauptunterstützungsempfänger zu verzeichnen. Die Gesamtzahl ist dadurch in der Versicherung auf 1 561 000 und in der Krisenunterstützung auf 511 000 gestiegen. Die Zahl der Arbeitslosen bei den Arbeitsämtern ist um 136 000 auf 3,253 Millionen angewachsen. Ein Teil dieser Zunahme entfällt auf die bessere Erfassung der Wohlfahrtserwerbslosen. Die Hauptursache für die Steigerung der Zahl der Arbeitslosen ist im Arbeitsrückgang in den Saisonaußenberufen zu suchen. Während die Arbeitsmarktlage im Kohlenbergbau keine Verbesserung erfahren hat und die Beschäftigung in der Metallindustrie zurückgegangen ist, kann in einzelnen Zweigen des Textil- und Bekleidungsgebietes eine leichte Besserung festgestellt werden. Auch der Verkehr in den Seehäfen hat etwas zugenommen und dadurch die Arbeitsmarktlage in diesem Zweig um ein Geringes gehoben.

Krisenunterstützung im Landesarbeitsamt Schlesien

Die Berechtigung zum Bezug der Krisenunterstützung ist im Rahmen der sonstigen allgemeinen Voraussetzungen auf die Angehörigen des Baugewerbes (Berufsgruppe 16) ausgedehnt.

Rentenbewegung in der Invalidenversicherung

Nach den Mitteilungen der Versicherungsträger befinden am 1. Juli 1930 2 084 903 Invalidenrenten, davon 1 386 000 für Männer und 718 900 für Frauen. Gegenüber dem ersten Vierteljahr 1930 wurden 70 433 Invalidenrenten neu festgestellt. Durch Todesfall oder aus sonstigen Gründen fielen 35 766 Rentenleistungen fort.

Aus dem Verbandsleben

Duisburg. In einer am Sonntag, dem 2. November abgehaltenen Delegiertenkonferenz der Verwaltungsstelle Duisburg-Oberhausen wurde zu den aktuellen Gewerkschafts-, Wirtschafts- und volkspolitischen Fragen der Gegenwart Stellung genommen.

Aus dem vom Kollegen Peter erstatteten Geschäfts- und Kassenbericht ging hervor, daß die Beschäftigungsmöglichkeit im Baugewerbe in letzter Zeit noch weiter zurückgegangen ist. Weitere Not in den Bauarbeiterfamilien ist die Folge. Mit Entrüstung wurde festgestellt, daß von Seiten der öffentlichen Körperschaften zu wenig getan wird, um der großen Not zu helfen; im Gegenteil sei beabsichtigt, finanzierte und schon bergebene Arbeiten bis zum nächsten Frühjahr zurückzustellen. Das würde bedeuten, daß im Laufe des Winters das gesamte Baugewerbe zum Erliegen kommt. Besonders zu verurteilen ist die Reihenordnung über die Krisenfürsorge, durch die alle diejenigen, die vor dem 3. November d. J. in der Arbeitslosenversicherung angesteuert sind, nicht in die Krisenfürsorge einbezogen werden. Ein größerer sozialer Widerstand in einer gesetzlichen Regelung ist kaum denkbar. Gerade diejenigen, die der finanziellen Hilfe am dringendsten bedürfen, schaltet man aus. Unsere Organisation fordert nachdrücklich, daß in der Behandlung dieser bedauernswerten Menschen eine sozial-verständnisvollere Regelung Platz greift, um die in der Fürsorge Benachteiligten aus der Rechtslosigkeit des Wohlfahrtsamtes zu befreien. Zu den geplanten und zum Teil schon ausgeführten Abwehrmaßnahmen der Städte ist zu sagen, daß es unverantwortlich ist, Arbeiter, die ihren Erwerb jahrelang, ja, teilweise sogar ein halbes Menschenalter in der Fremde gesucht haben, von der Arbeit auszuschließen. Die Rechtsberatung und -vertretung wurde hart in Anspruch genommen. Die Einnahmen der Verwaltungsstelle waren den Verhältnissen entsprechend gut. Dank allen, die an dem Ergebnis mitgewirkt haben!

In der lebhaften Aussprache, in der zu den einschlägigen Fragen Stellung genommen wurde, konnte man mit Genugtuung an, daß unser Zentralvorsitzender, Kollege Siederberg, beim Reichsarbeitsminister Gregerwald sein Mittel unverjährt ließ, die großen Härten für die Bauarbeiter in der Reihenordnung der Krisenfürsorge zu beseitigen. Kollege Eberg beleuchtete unter Berücksichtigung bisheriger Erfahrungen die große Notwendigkeit der Gewerkschaften im Interesse der Arbeiterschaft, die erst recht in dieser Notzeit solidarisch zusammenzutreten habe. Er verlangte vollste Aktivität. Scharf bekämpfte Redner die unverantwortliche Preiswucherung auf dem deutschen Produktionsmarkt. Es wolle endlich fest durchgegriffen werden, nachdem alle Aufforderungen an die Einsicht der Interessenten ungenutzt gewesen seien. Hinsichtlich der Verbrauchsgüter sei das Hauptziel darin zu suchen, daß die Preisspanne zwischen Erzeuger und Verbraucher außerordentlich groß sei, bei manchen Warenartikeln bis zu hundert Prozent. Die bis jetzt getroffenen Maßnahmen der Regierung sind fast vollständig ohne Erfolg geblieben. In den vorbringtlichsten Angelegenheiten der Gewerkschaften in der gegenwärtigen Zeit gehört der Kampf gegen die Preisstranchei durch die Selbsthilfe der Verbraucher in den Genossenschaften. Die Sicherung und Steigerung der Kaufkraft des Volkes ist heute mehr denn je eine Lebensfrage

der Arbeiterschaft. Beim Wirtschafts- und Finanzprogramm der Reichsregierung scheint es, als wenn die Lösung der Finanz- und Wirtschaftskrise auch dieses Mal wieder auf dem Rücken der Arbeiterschaft ausgetragen werden solle. Die christlich organisierte Arbeiterschaft verweigere sich nicht den Notwendigkeiten der Stunde, aber sie könne und müsse mit Recht verlangen, daß der Lastenausgleich gerechter verteilt werde. Entrüstung bei allen Anwesenden löste es aus, daß die zum Wohnungsbau verwandten Hauszinssteuermittel um weitere 400 Millionen RM. zugunsten des Staatshaushaltes verwendet werden sollen. Dieses bedeutet einen Ausfall von 115 000 Wohnungen und weitere Beschäftigungslosigkeit für 150 000 Bauarbeiter, ganz abgesehen vom Ausfall der Arbeitskräfte in der Baustoffindustrie und im Bauehrsgewerbe. Jeder christliche Bauarbeiter muß gerüstet sein, im sozialen Kampf seinen Mann zu stehen.

In der regen Diskussion fiel manch hartes Wort über die ungerechte Behandlung der Arbeiterschaft; sie war aber auch getragen von der großen Verantwortung gegenüber der Bewegung, Volk und Staat.

Frauenburg. In unserer am Sonntag, dem 9. November 1930 stattgefundenen Versammlung konnte der Vorsitzende, Kollege Regenbrecht, Gäste und Mitglieder begrüßen. Er wies dann auf das nunmehr zehnjährige Bestehen unseres Verbandes in Frauenburg hin. Dabei dankte er vor allem dem Gründer der Verwaltungsstelle, Kollegen Franz Preusschhoff für seine zehnjährige gewerkschaftliche Tätigkeit. Auch heute noch fällt er seine Kraft unermüdet in den Dienst der christlichen Arbeiterbewegung Frauenburgs. Bezirksleiter Kollege Liebniß gab einleitend einen allgemeinen Einblick über die 32-jährige Entwicklung und Tätigkeit unseres Verbandes, kam dann weiter auf die örtlichen Verhältnisse zu sprechen und behandelte dann eingehend die allgemeine Wirtschaftskrise und die große Arbeitslosigkeit. Dem Ausbau unserer Berufsorganisation wollen wir auch weiterhin unsere Kräfte widmen.

Bekanntmachung des Hauptvorstandes

Warnung. Der Hauptvorstand warnt vor einem Schwindler, namens Eduard Cerny, geboren am 3. September 1875 zu Wien. Derselbe nennt sich jetzt Eduard Fleischer und ist von Beruf Fliesenleger. Seine Spezialität besteht darin, sich, nachdem er die Mitgliedschaft wegen Rückstände der Beiträge verloren hat, Ersatzbücher für verlorene Bücher ausstellen zu lassen. Diese Versuche sind zum Teil mit Erfolg in unserem Verband und dem Deutschen Baugewerksbund unternommen.

Nachdem Fleischer (Cerny) Ende 1928 von unserer Verwaltungsstelle Bochum ausgeschlossen war, erschwand er sich im Sommer 1929 in unserer Verwaltungsstelle Leipzig ein Ersatzbuch mit dem Eintrittsdatum vom 2. Mai 1903. Auf dieses Buch bezog er auf den Namen Ed. Fleischer im letzten Winter in einer anderen Verwaltungsstelle Arbeitslosenunterstützung. Inzwischen ist Fleischer wieder in den Deutschen Baugewerksbund hinübergewechselt, dort jedoch auch wieder ausgeschlossen.

Es ist anzunehmen, daß Fleischer (Cerny) auch weiterhin versucht, sich ein Mitgliedsbuch und, gestützt auf dieses, Unterstützungen zu verschaffen. Die Verwaltungsstellen und Ortsgruppenvorstände tun am besten, den Schwindler bei Aufstößen der Polizei zu übergeben; bezgl. sofort Meldung mit Personalbeschreibung an den Hauptvorstand und den zuständigen Bezirksleiter zu machen.

Der Hauptvorstand.

Bekanntmachung

Steinitz (Bekanntmachung). Der in Nr. 45 bekanntgegebene Auschluß von Linnert, Paul ist irrtümlich erfolgt. Ausgeschlossen ist Linnert, Thomas, Zimmerer, geboren 18. 9. 1891 zu Eißowa, eingetreten 6. Juni 1927.

Der Verwaltungsstellen-Vorstand S. A.: Heibrich.

Sterbetafel

Am 1. Oktober 1930 starb nach längerer Krankheit unser Kollege Heinrich Schmitz, am 13. Oktober 1930 unser Kollege Gregor Eggert in Folge eines Gehirnlages. Er war 25 Jahre Mitglied unseres Verbandes.

Ortsgruppe Roden.

Am 10. November starb unser treuer Kollege, der Zimmerer Emil Kowik im Alter von 67 Jahren an Magenleiden. Während seiner 24-jährigen Mitgliedschaft ist er stets für die Interessen des Verbandes eingetreten. Seine Tätigkeit für unsere Organisation sichert ihm ein bleibendes Andenken in unserer Verwaltungsstelle.

Verwaltungsstelle Danzig.

Ehre ihrem Andenken!



Berufs- u. Sportbekleidung

Werkzeuge, Teakholz-Wasserwagen, Teakholz-Schlapphüte, Isfländer, Orig. Berliner Stukkaturanzüge. Preisliste gratis. Mechanische Kleiderabrtt Versandhaus Fritz Ulrich Altona-Elbe 10, Gustavstr. 58-60

Möbel-Kamerling
Berlin, Kastaniallee 56
Speise-, Schlaiz-, Herrenz.-Küch. Riesenausw. Spottpreis. Zahlungserrl

Extraktreiche Liköressenzen
zum Selbstbereiten v. Likören. 1 Dtz. für 12 Lit. ausr. M. 4.20
Laborat. E. Walther Halle-Trotha 100

In 3 Tagen
Nichtraucher.
Auskunft kostenlos
Sanitas-Depot
Halle a. S. 201 L

Roman Greulich
Beitragsmarken
BERLIN NO 43,
Gollnowstraße 12.

Spezialfabrik für Berufsbekleidung

Große Lager in 1a Kellen, echte Teakholz-Wasserwagen. Wegen Raumbeschränkung ist es mir nicht möglich, für alle Artikel Preise anzugeben, deshalb fordern Sie vor Auftragserteilung bößig umsonst meine Preisliste ab. In Orten, wo nicht vertreten, Versand ab Bielefeld
Louis Mosberg, Bielefeld 3, 41 Bielef. Str. 44

So billig wie nirgends

Weihnachts-Katalog gratis!
Sigurd-
Gesellschaft
Hassel 51

Bauarbeiterhosen Zweidraht 6.- 8.-, 9.- RM. Dreidraht 10.- RM. Herkules 13.- RM., Islander 10.- RM., **Maurerblusen** 5.- RM. **Mancheaterhosen** 9.-, 11.-, 13.-, 17.- RM. versendet bei Bestellung von 20.- RM. frei Haus.

Emil Hofffeldt, Dresden 6, Ritterstr. 2, Mechanische Spezialfabrik für Bauarbeiter-Kleidung.

Wepa

Fabrik f. Arbeitsanzüge sämtlicher Berufe Spez. Blaue Maschinenbau- sowie Maurer- u. Manchester-Anzüge Wilhelm Pahr, Berlin N 31, Brunnenstraße 78

Kollegen, **lest den "Deutschen"**

Unsere echt vers. solide, eleg. Anker-Kamont-Uhr

in Gold- rändern versch., Sekund.- Zeiger sowie 24Std.- Zifferbl. für 10. u. 12. u. zahlbar. Monatsraten. Bestellt mit Kette, wie oben moderne echte Schweizer Damen- u. Herren-Armband-Uhren von 15 M. an. Billiger und schöner als andere Anker-Kamont. Wir versetzen Ihnen auch heute mit Barzahlung bei uns seit 1890 bestanden. Uhr- u. Fabrik-Lager Arthur Holthaus Berlin-Friedrichstr. 76

Ausnahme-Angebot!

Nur kurze Zeit Direkt an Private Garantiert nur erste Qual., kein Ramsch Heute wieder Preisermäßigung! Wer nicht kauft schadet sich selbst!

- Baumwollgewebe** leichte Sorte 80 cm 0.12 Mk. p. m
- Baumwolltuch** ungebl., et- was leichte sol. Qual., 78 cm 0.25 "
- Betttücher** weiß Leinen-Im., sol. schwere Ware, mit Hohlraum 150/225 cm. 3.32 p. St.
- Betttücher** weiß Leinen-Im., unverwüstl., unsere Spezialqualität m. Hohlraum, 150-225 3.87 "
- Bettuchleinen-Im.** weiße, schwere Ware, 150 cm 1.38 p. m
- Bettuchleinen-Im.** weiße, unverwüstl. Ware, unsere begehrteste Qual., 150 cm 1.65 "
- Bettuchüberl.** ganz schwere Koperware, unverwüstlich, 150 cm 1.75 "
- Nessel la.** beste, unverwüstl. Ware, für Hemden, Bezüge etc., 76 cm 0.46 "
- Nessel la.** beste, unverwüstliche Ware, für Betttücher etc., 140 cm 0.95 "
- Kessel la.** beste, unverwüstliche Ware, f. Betttücher, Bezüge etc., 160 cm 1.08 "
- Hemdentuch** dicke, geschl. Ware, 80 cm 0.52 "
- Hemdentuch** dicke, allerb. Ware, 80 cm 0.64 "
- Tischdecke** weiß, la. Damast mit Einwebung Christi Geburt, Flucht nach Aegypten etc. begehrtester Geschenkartikel, 130/160 cm 5.90 p. St.
- Strickkleid** Rock u. Pullover, mit aufgesetzten Taschen, langen Ärmeln, kompl. vorzögl. im Tragen, grün, blau oder braunmelirt, Größe 42-48 4.50 "
- Trikot-Strickkleid** aus K. seide, m. B.-Wolle, Rock u. Pullover, modern, besonders haltbar, herrl. Farben, in Blau, Grün oder Braun, passend für Frauen und Mädchen 5.90 "

Infolge Eingang von Massenbestellungen Mengenabgabe vorbehalten!

Alle Worte sind vergebens! Sie müssen sich selbst überzeugen! Tägl. lobende Anerkennungen. Versand erfolgt per Nachn. ab Mk. 10.-, über Mk. 30.- portofrei. Wir sind Lieferant vieler Behörden, Kommunen, Krankenhäuser und öffentlicher Anstalten! **Garantie!** Wir zahlen Betrag zurück, wenn Sie anderweitig billiger kaufen oder glauben, billiger kaufen zu können

Webwarengesellschaft Hundhausen Wuppertal-Elberfeld 136